

BV 3 am 02.02.2015

**8.1.1 Aufstellung von Werbeanlagen im Stadtbezirk Lindenthal
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen)
AN/0146/2015**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert die Verwaltung auf, die Standorte der neuen Werbeanlagen und Wertstoffcontainer zur Stellungnahme und gegebenenfalls zur Beschlussfassung der Bezirksvertretung vorzulegen.

Bei Verstößen gegen die Verkehrssicherheit wird die Verwaltung aufgefordert, einen Widerruf der Sondernutzungserlaubnis durchzuführen.

Die Bezirksvertretung rügt die Nicht-Beantwortung diesbezüglicher Anfragen wegen Verstoßes gegen die Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Führer

Sachstand 2016:

Ein Verfahren zur Einbindung der Bezirksvertretungen bei der Standortfestlegung wird derzeit verwaltungsintern abgestimmt.

Sachstand 09/17:

Dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales und dem Verkehrsausschuss sowie allen Bezirksvertretungen wurde der Sachstand zuletzt unter Vorlagen-Nr. 1347/2016 bekannt gegeben. Die Stellungnahme enthielt den aktuellen Genehmigungsstand für City-Light-Säulen, Stadtinformationsanlagen und Mega-Light-Werbeanlagen verteilt auf die Stadtbezirke. Weitere Genehmigungen wurden im Stadtbezirk 3 bislang nicht erteilt.

Zur Aufstellung von Mega-Light-Werbeanlagen und anderen Großflächenwerbeanlagen an Neustandorten wird entsprechend der Zuständigkeitsordnung die Entscheidung der

Bezirksvertretung eingeholt. Das Verfahren zur Einbindung der Bezirksvertretungen bei der Standortfestlegung anderer Werbeanlagentypen befindet sich weiterhin in der verwaltungsinternen Abstimmung.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 02.02.2015

**8.1.2 Planungen für das Grundstück „Petershof“ in Köln-Müngersdorf
(Antrag der SPD-Fraktion)
AN/0148/2015**

Die Bezirksvertretung Lindenthal fasst folgenden **geänderten Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das städtische Grundstück „Petershof“ in Köln-Müngersdorf Planungen zu entwickeln, die nach dem Auszug der Kindertagesstätte zügig eine Wohnnutzung dieses attraktiven Areals unter Berücksichtigung des bestehenden Denkmalschutzes ermöglicht.

Hierbei soll der Charakter dieses Kleinods in Müngersdorf erhalten bleiben.

Unabhängig von den formalen Anforderungen des „Kooperativen Baulandmodells“ sollen in jedem Fall 30 % der Geschossfläche des Wohnungsbaus öffentlich gefördert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt.

17 Ja-Stimmen (6 CDU, 5 Grüne, 4 SPD, 1 Die Linke, 1 AfD)

1 Nein-Stimme (1 FDP)

Nicht anwesend: Frau Führer

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 02.02.2015

**8.1.10 Lärm- und Verkehrsgutachten zur geplanten DHL-Ansiedlung in Köln-Marsdorf
(Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion, von Herrn Blümel/FDP und von Herrn Müller/Die Linke)
AN/0196/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal hatte beschlossen, dass sie die Gutachten zu Lärm und Verkehr zur Bauanfrage DHL-Verteilzentrum in Köln-Marsdorf zur Verfügung gestellt bekommt. Und zwar vor einer Genehmigung.

Die Bezirksvertretung bittet den Oberbürgermeister, dem zuständigen Fachamt eine entsprechende Aufforderung zukommen zu lassen, damit es der Bezirksvertretung Lindenthal die vollständigen Gutachten zur Verfügung stellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Ja-Stimmen (5 CDU, 5 Grüne, 4 SPD, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 AfD)
1 Enthaltung (1 CDU)

Sachstand 09/17:

Der Bauantrag zur Erteilung einer Baugenehmigung für die Errichtung einer Halle als mechanisierte DHL Zustellbasis mit Büro- und Sozialtrakt auf dem Grundstück Rheinische Allee (Gemarkung Lövenich, Flur 38, Flurstück 95) wurde im September 2015 abgelehnt.

Gegen den Ablehnungsbescheid hat der Bauantragssteller Klage beim Verwaltungsgericht Köln erhoben. Die Klage ist bis heute nicht begründet worden.

Ein neuer Bauantrag zur Errichtung einer DHL-Ansiedlung liegt nicht vor.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 30.04.2015

**8.1.15 Unterstützung von freiem WLAN in Lindenthal
(Antrag von Frau Gerlach/Mitglied der Piratengruppe im Rat der Stadt
Köln)
AN/0620/2015**

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal begrüßt den Auf- und Ausbau von Freifunknetzwerken in Lindenthal.
2. Die Bezirksvertretung Lindenthal dankt allen freiwilligen Helfern, die in Köln insbesondere in Lindenthal ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Internetgrundversorgung leisten.
3. Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert die Verwaltung auf, zu prüfen, ob der lokale Freifunkausbau aktiv unterstützt werden kann, z.B., indem lokalen Freifunkinitiativen Zugang zu den Dächern der eigenen Immobilien ermöglicht wird oder eigene Freifunk-Router an geeigneten Plätzen aufgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Sachstand 5/15:

Die Verwaltung hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 08.06.2015 unter Tagesordnungspunkt 11.2.1 Folgendes mitgeteilt:

„Bezugnehmend auf die aktuell gestellten Anträge der Piraten zur Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal und zur Sitzung der Bezirksvertretung Nippes zum Thema „Freies WLAN“ unter Nutzung der Router der „Freifunk Initiative“ sowie einem Antrag „Flüchtlingsheime ans Netz“ im Ausschuss für Soziales und Senioren, möchte die Verwaltung kurz den derzeitigen Sachstand darstellen:

Aktuell liegt dem Städtetag eine Anfrage der Freifunker zum aktuellen Entwurf des Telemediengesetzes vor. Aus diesem Anlass und vielfachen Nachfragen seiner Mitgliedsstädte zu dieser Problematik wird der Städtetag in Kürze eine Stellungnahme an die Mitgliedsstädte abgeben. Diese Stellungnahme möchte die Verwaltung zunächst abwarten.

Gegenwärtig laufen in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt der Stadt Köln noch rechtliche Klärungen, insbesondere bezüglich der Störerhaftung. Auch wird geprüft, inwieweit sich der Entwurf zur Novellierung des Telemediengesetzes auf einen geplanten Lösungsansatz rechtlich und organisatorisch auswirken würde. In

diesem Zusammenhang ist aber auch noch die Erläuterung weiterer technischer und organisatorischer Fragestellungen erforderlich.
Die Verwaltung wird über die Ergebnisse berichten.“

Sachstand 09/17:

Die Verwaltung prüft aktuell die Möglichkeiten um die lokalen Freifunkinitiativen aktiv zu unterstützen.

Hierzu wird derzeit durch den KDN-Dachverband kommunaler IT-Dienstleister ein Muster eines Kooperations- und Gestattungsvertrages zur Nutzung der städtischen Liegenschaften für Freifunkrouter erarbeitet.

Mit dieser Vereinbarung soll allen Mitgliedern des KDN eine verbindliche Grundlage zur Verfügung gestellt.

In diesem Zusammenhang wurde durch den KDN ein externes Rechtsgutachten beauftragt.

Der Vertragsentwurf wird in Kürze den Freifunk-Initiativen vorgestellt und anschließend den Bezirksvertretungen und dem Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird weiterhin über den Sachstand informieren um die Freifunkinitiativen zu unterstützen.

Aktueller Sachstand:

Umsetzung auf der Dürener Straße 2020.

BV 3 am 08.06.2015

**8.1.9 Aufstellung größerer Abfallbehälter im Bereich der Meister-Ekkehard-Straße am Eingang zum Inneren Grüngürtel
(Antrag der SPD-Fraktion)
AN/0816/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, im Bereich der Meister-Ekkehard-Straße am Eingang zum Inneren Grüngürtel für größere Abfallbehälter zu sorgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Führer, Frau Pinl, Frau Vadood

Sachstand 09/17:

Eine weitere satzungsgemäße Aufstellung von Papierkörben im benannten Bereich wird nicht befürwortet. Erst kürzlich wurden seitens der AWB GmbH Köln 2 neue grüne Drahtgitterpapierkörbe am Parkeingang aufgestellt. Weitere Mülleimer befinden sich auf der Universitätsstraße sowie auf der Zülpicher Straße. Ferner hat die Universität ebenfalls eigene Papierkörbe aufgestellt. Mit diesem Papierkorbangebot ist der benannte Bereich ausreichend bestückt.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 08.06.2015

**8.1.11 Baumpflanzung am Rankanalbogen im Westen von Köln-Widdersdorf
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
AN/0817/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Randkanalbogen im Westen von Widdersdorf an der Kölner Seite, gegebenenfalls bis zum Lise-Meitner-Ring, mit Bäumen bepflanzt werden kann. Im Sinne des Antrages von der „Essbaren Stadt“ ist die Bepflanzung mit Obstbäumen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Führer, Frau Pinl, Frau Vadood

Aktueller Sachstand(12/19):

Die Baumpflanzung am Randkanalbogen im Westen von Köln-Widdersdorf (AN/0817/2015) wurde nicht umgesetzt, da sich die Flächen nicht im städtischen Besitz befinden. Der Beschluss ist nicht umsetzbar und aus der Liste zu streichen.

BV 3 am 31.08.2015

**8.1.7 Ersatzpflanzungen für durchgeführte Baumrodungen im Stadtbezirk Lindenthal
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und von Herrn Müller/Die Linke)
AN/1204/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt, dass für erfolgte Baumrodungen im Stadtbezirk Lindenthal, die zum Teil auch auf Veranlassung vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW vorgenommen wurden, Ersatzpflanzungen unverzüglich veranlasst werden.

Es handelt sich vorwiegend um folgende Baumfällungen:

- „Patientengarten“ der Universitätskliniken Köln
- 70 Buchen eines ebenfalls alten Baumbestandes in der Straße „An Sportpark“ (vormals Carl-Diem-Weg) zur Errichtung eines weiteren Institutsgebäudes für die Sporthochschule Köln

In diesem Zusammenhang ersucht die Bezirksvertretung Lindenthal die Verwaltung, dazu Stellung zu nehmen, zu welchen Auflagen die Vorhabenträger seinerzeit verpflichtet wurden, von wem deren Einhaltung überwacht und in welchem Umfang auch der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde beteiligt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Pinl

Sachstand 09/17:

Von der Fachverwaltung liegt noch keine Stellungnahme vor.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 28.09.2015

**8.1.4 Barrierefreie Spielplätze im Stadtbezirk Lindenthal
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen, der SPD-Fraktion, von Herrn Müller/Die Linke und von Herrn
Blümel/FDP)
AN/1412/2015**

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird bei der Neuplanung und bei der Planung von Sanierungen von Spiel- und Bolzplätzen im Stadtbezirk Lindenthal gebeten, das im Jahr 2009 beschlossene Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik umzusetzen. Darin heißt es zu Spiel- und Bolzplätzen:

Im Zuge der Diskussion um neue Konzepte von Spielplätzen werden grundsätzlich die Bedürfnisse aller potentiellen Nutzerinnen und Nutzer berücksichtigt und in die Planungen einbezogen.

Für die Spielraumgestaltung heißt das:

- die Schaffung von Spiel- und Aufenthaltsräumen, die die Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Beeinträchtigungen fördern und ihren Bedürfnissen gerecht werden,
- die Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung sowie aller Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort, ohne jede Einschränkung.

Die gemeinsame Beteiligung an der Gestaltung der Spielräume sowie die gemeinsame Nutzung fördern gleichzeitig ein Miteinander ohne Vorurteile. Ziel ist es, dass möglichst viele Spielplätze die Anforderungen an einen integrierten Spielplatz erfüllen.

- Im Rahmen der zukünftigen Um- und Neubauten von Spielplätzen werden die Gesichtspunkte der Barrierefreiheit und Integration bei der Planung und Gestaltung berücksichtigt.
 - Es wird verstärkt darauf geachtet, dass auch behinderte Kinder und ihre Eltern in die Beteiligungen für die Gestaltung einbezogen werden.
 - In Kooperation mit dem Büro der Behindertenbeauftragten wird ein barrierefreier und integrativer Spielplatz modellhaft gestaltet.
 - Bei den Eigentümern und Bauherren privater Spielplätze wird für eine barrierefreie Gestaltung geworben.
2. Die Verwaltung wird gebeten, bei allen zukünftigen Planungen von Spiel- und Bolzplätzen dieses Handlungskonzept nicht nur zu beachten, sondern der Bezirksvertretung jeweils darzulegen, wie es konkret, inklusive einer Aufstellung der entstandenen Kosten, umgesetzt wird.
 3. Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung um eine Aufstellung, bei welchen Spiel- und Bolzplätzen die Gesichtspunkte der Barrierefreiheit bei Planung und

4. Gestaltung bereits berücksichtigt wurden und ob ein Spielplatz modellhaft bisher barrierefrei gestaltet wurde und wenn ja welcher.
5. Bei den oben genannten Planungen von Spiel- und Bolzplätzen sollte die Fachstelle Behindertenpolitik der Stadt Köln jeweils in die Planungen mit einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Berthmann, Herr Lhotka

Sachstand 09/17:

Die Kinder- und Jugendverwaltung gestaltet Spiel- und Bolzplätze bereits so, dass diese barrierefrei im Sinne der Zugänglichkeit sind und als Treffpunkt für alle Kinder dienen. D. h. sie werden so angelegt, dass sie von allen ungeachtet der Herkunft, der Religion, Handicaps usw. gemeinsam aufgesucht und genutzt werden können.

Im Hinblick auf die Umsetzung des Inklusionsgedanken wird seitens der Kinder- und Jugendverwaltung großer Wert auf die Gestaltung der Spielflächen und die Auswahl der Spielgeräte gelegt. Dabei ist es wichtig für Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen gleichermaßen Spielreize zu bieten, damit sich die Kinder beim gemeinsamen Spielen weiterentwickeln können.

So wurden zum Beispiel bei der soeben fertiggestellten Baumaßnahme des Spielplatzes „Stormstraße/Ludwig-Jahn-Straße“ in Weiden für die Spielgeräte rote Seile ausgewählt, weil sie für sehgeschwächte Kinder und Jugendliche leichter sichtbar sind. Ebenso wurde die Vogelneestschaukel so nah wie möglich an den Rand der Fallschutzfläche gesetzt, damit gehbehinderte Kinder und Jugendliche diese besser erreichen können.

Bei allen Maßnahmen führt die Kinder- und Jugendverwaltung Beteiligungen mit den Kindern, Jugendlichen und Anwohnern im Wohnumfeld durch, um ihre Wünsche, Ideen und Bedürfnisse zur Gestaltung eines Spielplatzes in die Planungen aufzunehmen. Natürlich werden die Kinder mit Handicaps und deren Eltern einbezogen.

In gezielten Gesprächen mit den betroffenen Kindern und deren Eltern werden Wünsche und Erfordernisse besprochen. Die Ergebnisse wie z.B. Erreichbarkeit der

Spielgeräte, besondere Varianten von Spielgeräten oder die Frage des Fallschutzes werden dann in das Gesamtkonzept eingebunden.

Aktuell finden Gespräche mit der Fachstelle Behindertenpolitik statt.

Die Jugendverwaltung ist gern zu einem Fachgespräch hinsichtlich der Barrierefreiheit auf Spiel- und Bolzplätzen bereit.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 28.09.2015

8.1.5 Gymnasium Lövenich
(Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und von Herrn Müller/Die Linke)
AN/1413/2015

Geänderter Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wird gebeten, als neuen Standort des Gymnasiums Lövenich den südlichen Ortseingang von Köln-Widdersdorf, Ostseite Adrian-Meller-Straße, vorzusehen.

Zudem wird die Verwaltung und der Rat der Stadt Köln gebeten, den optimalen Interimsstandort aus den drei Varianten (1. Adrian-Meller Straße, 2. Zusestraße, 3. Bestehende Räume der Martin-Luther-King-Hauptschule im Schulzentrum Weiden) auszusuchen und der Bezirksvertretung Lindenthal und dem Rat der Stadt Köln vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Berthmann, Herr Lhotka

BV 3 am 07.12.2015

**8.1.4 Planung der drei beschlossenen weiterführenden Schulen im Stadtbezirk Lindenthal
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
AN/1799/2015**

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal begrüßt, dass sich die ersten beiden beschlossenen weiterführenden Schulen im Bezirk 3 schon im fortgeschrittenen Planungsstadium befinden.
2. Die Bezirksvertretung geht davon aus, dass die Schulen verwaltungsintern geplant werden. Sie fordert die Verwaltung auf, bei der weiteren Planung beider Schulen (Gymnasium und Gesamtschule) unbedingt die „Schulbauleitlinie Stadt Köln“ anzuwenden und ebenfalls die Ergebnisse zu berücksichtigen, die bei der Planung/Realisierung der Heliosschule gewonnen wurden.
3. Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, der Bezirksvertretung zur ersten Sitzung im Jahr 2016 den Planungsstand der dritten Schule mitzuteilen.
4. Sie fordert die Verwaltung auf, hierbei den bisher benachteiligten Stadtteil Junkersdorf zu berücksichtigen und dabei besonders den Standort auf dem Parkplatz P6 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Dr. Lerch, Herr Schüler

Aktueller Sachstand:

1. Zum Beschluss vom 19.05.2014, TOP 8.1.5

Hier wird auf den Grundsatz-/Planungsbeschluss vom 30.04.2015 (TOP 9.2.9) zur Errichtung eines

- Gymnasiums für 3 Züge SI und 5 Züge SII mit 3-fach Turnhalle am Standort Zusestr.(neue Bezeichnung Ottostr.)/Kölner Str. in Köln-Lövenich und einer
- Gesamtschule für 6 Züge SI und 5 Züge SII mit 1-fach Turnhalle und 3-fach Turnhalle am Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang verwiesen.

2. Zum Beschluss vom 01.12.2004, TOP 9.2.6

Martin Luther-King-Hauptschule

Auf Grund der über einen längeren Zeitraum vorbereiteten auslaufenden Schließung der Martin-Luther-King Hauptschule hat die Hauptschule bereits in den vergangenen Jahren keine neuen Eingangsklassen aufgenommen und die zur Verfügung stehenden freien Räume sukzessive zu Gunsten einer Zügigkeitserweiterung des Georg-Büchner-Gymnasiums an das Gymnasium übertragen.

Mit Schließung der Hauptschule zum 31.07.2016 werden durch eine weitere Zügigkeitserweiterung des Gymnasiums und gleichzeitiger Übernahme der 3 Vorbereitungsklassen der Hauptschule keine freien Räume zur Verfügung stehen.

Die Fertigbaueinheit, die zurzeit durch den Ganztagsbetrieb der Hauptschule genutzt wird, steht ab dem 01.08.2016 der Rheinischen Musikschule zur Verfügung. Diese Fertigbaueinheit wird auch nach Sanierung und Neubau des Gymnasiums weiterhin durch die Rheinische Musikschule im Rahmen eines Untermietverhältnisses genutzt. Der aktuell von der Rheinischen Musikschule belegte Pavillon wird im Rahmen der Sanierung und des Neubaus des Gymnasiums entfernt.

ÖPP Los 3

Mit Beschluss vom 08.04.2014 (0572/2014) hat der Rat die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Realisierungswettbewerbes im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens für folgende Schulstandorte beauftragt:

Schulzentrum Weiden, Köln Weiden

Realschulen Lassallestraße und Fürstenbergsstraße, Köln Mülheim

Katholische Grundschule Wilhelm-Schreiber-Straße, Köln Ossendorf

Für das ÖPP-Projekt (Los 3) wurden die Ausschreibungsunterlagen erstellt und der europaweite Teilnahmewettbewerb veröffentlicht. Die Auswertung der im Teilnahmewettbewerb eingegangenen Bewerbungen ist erfolgt. Im Rahmen des eröffneten Verhandlungsverfahrens wurden die Bieter zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die Bewerber haben in den Osterferien 2016 die Möglichkeit, die 3 Standorte und somit auch das Schulzentrum Weiden zu besichtigen. Die Bieterkonferenz findet im April 2016 statt. Der weitere Zeitplan sieht vor, dass das komplexe, aufwendige und mehrstufige Verhandlungsverfahren im 2. Quartal 2017 zu einem Verfahrensabschluss führt. Nach Vertragsabschluss sowie nochmaliger Beteiligung der politischen Gremien werden die Schulen anschließend an den ausgewählten Bieter übergeben.

3. Zu den Beschlüssen vom 09.03.2015, TOP 8.2.3 und vom 07.12.2015, TOP 8.1.4

Zu dem vorgeschlagenen Schulstandort – Parkpalette –Freifläche am Salzburger Weg bereitet die Verwaltung derzeit eine Mitteilung für ASW, STEA und BV in der Gremienfolge vor der Sommerpause vor.

Bei der Planung der beiden Schulen Gymnasium Zusestraße (**neue Bezeichnung Ottostraße**) und Gesamtschule Wasseramselweg werden die „Schulbauleitlinie Stadt Köln“ angewendet und gewonnene Ergebnisse aus der Planung der Heliosschule berücksichtigt.

4. Zum Beschluss vom 28.09.2015, TOP 8.1.5

Die Verwaltung wird nach Abschluss der Prüfungen berichten.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 07.12.2015

**8.1.12 KITA Petershof in Köln-Müngersdorf
(Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion, von Herrn Müller/Die Linke, von
Herrn Blümel/FDP und von Herrn Kremers)
AN/1891/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert die Verwaltung auf, die Kita Petershof in Köln-Müngersdorf sofort zu reparieren, um die Kita an diesem Standort zu erhalten und den Eltern eine Sicherheit zu geben.

Für die Übergangszeit werden temporäre Bauten errichtet, um eine ortsnahe Versorgung der Kinder zu ermöglichen und zugleich andere Kita-Einrichtungen zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Dr. Lerch, Herr Schüler

Sachstand 09/17:

Der Gebäudekomplex des Petershofs in Köln-Müngersdorf stand lange Zeit leer, da noch nicht entschieden wurde, welche künftige Nutzung des Objektes umgesetzt werden soll. Ein Verkauf des Areals ist nicht geplant. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln hat eine Machbarkeitsstudie zur weiteren Nutzung des Petershofes in Auftrag gegeben. Eine Kita wird Bestandteil der Planungen sein. Auch Wohnraumnutzung wird berücksichtigt.

Aktueller Sachstand:

Kein neuer Sachstand.